

Voraussetzungen der Einheit

Autor(en): **Stocker, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334935>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

regelten Beziehungen zu den USSR. belastet, werden wir nach dem Kriege auch als moralische Großmacht eine quantité négligeable sein. Das aber wollen wir nicht. Es liegt daher in unserem dringendsten Lebensinteresse, so rasch als es die Verhältnisse gestatten, den alten Zwist zu begraben, die Beziehungen zu der USSR. in Ehre und Würde zu regeln; damit dienen wir nicht nur uns, sondern vor allem auch einer europäischen Ordnung in Frieden, Recht und Freiheit.

Daß dem so ist, werden schließlich in absehbarer Zeit auch diejenigen Länder und Völker einsehen, deren Regierungen heute aus rein parteipolitischen Interessen die Wiederaufnahme der schweizerisch-russischen Beziehungen mißdeuten könnten.. Aber wir haben nicht an das rasch vorübergehende Heute, nicht an die Regierungen, die wechseln, sondern an das Morgen und das Bleibende, an die Völker und an Europa, nicht zuletzt aber an uns zu denken.

Wir wollen nicht in die Zeiten der Friedensverhandlungen gehen, ohne daß unsere Rechnung mit der USSR. freundschaftlich beglichen ist. Es sind auf beiden Seiten Dinge vorgefallen, die besser nicht geschehen wären; aber wir wollen nicht vergessen, daß in Rußland im Affekt der Revolution manches gegen uns geschah, was später im geordneten Staat vermieden wurde; bei uns wurde aber ein Gesandtenmörder im Rahmen des Rechtsstaates durch ein Volksgericht in Zeiten «der Ruhe und Ordnung» freigesprochen.

Ob freilich unsere Regierungsparteien den Mut und die Kraft finden werden, rechtzeitig zu tun, was nicht länger unterlassen werden darf, ist eine andere Frage. Es wird gut sein, wenn in solcher Notlage die Partei sich der Sache annimmt und im demokratischen Parlament offen die Aussprache über die Regelung der schweizerisch-russischen Beziehungen verlangt.

Voraussetzungen der Einheit

Von W e r n e r S t o c k e r

Der Zusammenschluß der gesamten Linken zu einer politischen Einheit steht auf der Tagesordnung. Die SPS sieht nicht erst heute in diesem Zusammenschluß aller sozialistisch Denkenden eine grundlegende Notwendigkeit für dauernde und sichere Erfolge der Arbeiterbewegung. Sie fordert mit dem vom Parteivorstand beschlossenen Antrag an den Parteitag neuerdings die Mitglieder der KPS, FSS und SJS auf, «im Interesse der Gesamtarbeiterschaft ihre Sonderorganisationen in jeder Form zu liquidieren und sich alsdann, unter Achtung der Grundsätze, Statuten und Beschlüsse der SPS ihr anzuschließen». Aber auch diese Sonderorganisationen selbst erklären heute — im Gegensatz zu früheren Jahren — grundsätzlich bereit zu sein nicht nur zu «Einheitsfront»-Aktionen, sondern zum organisatorischen Zusammenschluß in der SPS, «auf Grund der Statuten und des Programms der SPS.»

Damit wäre eine erste und wichtigste Voraussetzung für die Schaf-

fung der Einheit gegeben: die Anerkennung eines einzigen, gemeinsamen *Programms*. Und zwar handelt es sich dabei nicht nur um Theorie und Endziel — worüber nach den Thesen des Parteivorstandes der SPS von 1931 kein grundlegender Gegensatz zwischen Kommunismus und Sozialismus besteht —, sondern um die Frage der *Aktion*, des *Weges* zum Ziel, das heißt gerade um diejenige Frage, in welcher seit 1920 zwischen den beiden Linksparteien die schärfsten Gegensätze herrschten. Die «Neue Schweiz» ist wesentlich ein *Aktionsprogramm*. Sie steht in keinerlei Gegensatz zu den Gedanken über den *schweizerischen Weg zum Sozialismus*, die im geltenden Parteiprogramm niedergelegt sind. Sie knüpft vielmehr an jene Gedanken und an den ebenfalls im Parteiprogramm 1935 enthaltenen Plan der Arbeit an und umschreibt die einzelnen, heute und in der Nachkriegszeit von der schweizerischen Arbeiterschaft anzupackenden Aufgaben.

Wird dieses *sozialdemokratische* Aktionsprogramm nun heute wirklich von der KP und ihren Anhängern anerkannt, so bedeutet das praktisch die Liquidation der bisherigen *Taktik* der KPS. Denn eine solche Anerkennung kann in loyaler Weise nur erfolgen, wenn sie von der Erkenntnis ausgeht: Die Taktik der KPS war falsch, ihre Kampfmethoden erwiesen sich als unfähig, die schweizerischen Arbeiter zu sammeln und zu einer schlagkräftigen Massenbewegung zu machen. Um diese Massenbewegung zu schaffen, muß der Weg verfolgt werden, der von der SPS seit 50 Jahren beschritten wurde, der im Programm der SPS vorgezeichnet und nunmehr in der «Neuen Schweiz» für die kommende Zeit näher umschrieben ist. — Wenn diese Erkenntnis bei Führung und Mitgliedschaft der KPS und FSS sich durchgesetzt hat, dann könnten die *Formalitäten* des Zusammenschlusses keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten. Denn die entscheidende *geistige* Frage der «Liquidation» wäre damit bereits gelöst, und es bliebe wirklich nur eine Formfrage, wie diese Liquidation der Sonderorganisationen und der Zusammenschluß innerhalb der SPS praktisch durchzuführen ist.

Wie steht es nun mit dieser Voraussetzung? Von der KPS wie von der FSS, auch von einzelnen führenden Köpfen dieser Parteien liegen private und öffentliche Erklärungen vor, wonach, wie schon erwähnt, ein Zusammenschluß auf Grund der Statuten und des Programmes der SPS sowie des Aktionsprogramms «Neue Schweiz» gewünscht und angestrebt wird. Aber mit diesen Äußerungen stehen gewisse Aktionen der illegalen Linkszeitungen vorläufig in krassem Widerspruch. Die «Sozialistischen Informationen» zum Beispiel widmen in der gleichen Nummer, in der sie sich über die «Krise in der SPS» verbreiten, der «Neuen Schweiz» einen nicht nur negativen, sondern perfiden und hämischen Kommentar. Stichwort: «Ein altes Manöver der sozialdemokratischen Führer». «Hohle, scheinradikale Nachkriegsversprechungen», usw. — Und «Das Feuer», «Zeitung der sozialistischen Jugend», stößt getreulich ins gleiche Horn, findet es «ziemlich unklar», was die Führung der SPS «unter sozialistischer Ordnung versteht», und «stellt fest», daß nach dem Programm der «Neuen Schweiz» die Wirtschaft des Landes «keineswegs zur Sache des ganzen Volkes» würde.

Gewiß handelt es sich bei diesen Beispielen — die man vermehren könnte — formell nicht um offizielle Äußerungen der KP oder FSS, sondern um anonyme Pamphlete, deren verantwortliche Verfasser wir nicht nennen können. Aber wir können auch nicht annehmen, daß es sich hier — vom Standpunkt der KP und FSS aus — nur um «Provokateure» und getarnte Reaktionäre handle, welche die Einheitsbewegung durch solche Sprüche zu sabotieren suchen. Vielmehr ist bis zum Beweis des Gegenteils zu schließen, daß in den Kreisen der KPS, FSS und SJS selbst vorläufig *ganz verschiedene Meinungen* über die «Neue Schweiz» und über die Notwendigkeit herrschen, *auf Grund dieses Aktionsprogramms* den Kampf für die soziale Umwälzung zu führen.

Trifft dies zu, so ist damit eine zweite, nicht minder wichtige Voraussetzung der Einheit zur Diskussion gestellt: die Frage nach dem ehrlichen Willen zur Geschlossenheit und Kampfgemeinschaft. Wer für die «Neue Schweiz» nur Hohn und Spott hat, wie die Schreiber in den «Sozialistischen Informationen» und im «Feuer» — wie auch gewisse Diskussions- und Biertischredner —, für den ist sicher kein Platz in der SPS. Man wird nicht Einzelne oder Gruppen von solcher Gesinnung im Zeichen der Einheit aufnehmen, um dann *innerhalb* der Partei von ihnen das Aktionsprogramm sabotieren zu lassen, das die Grundlage für den einheitlichen Kampf bilden soll. Man wird gegenüber solchen Elementen auch nicht auf alle Kautelen vor Einschmuggelungsversuchen, auf jedes Prüfungsrecht durch die Parteibehörden einfach verzichten können. Es gibt Beispiele dafür, daß kleine Sektionen mit Aufnahmegesuchen regelrecht überrumpelt und nach vollzogener Aufnahme dann von internen Auseinandersetzungen zermürbt, anstatt zu geschlossener Kampfkraft erhoben wurden.

Wo dagegen die loyale Anerkennung unseres Programms und der ehrliche Wille zu geschlossenem Kampfe vorliegen, da soll die Aufnahme möglichst großzügig und unbürokratisch vollzogen werden. Es sollen die neuen Mitglieder vor allem nicht minderen Rechtes sein als die andern. Die Frage, ob man einem Gesuchsteller trauen könne oder nicht, muß — ob er nun von links oder von rechts komme — *vor* der Aufnahme abgeklärt werden. Ist er aufgenommen, soll er nicht in einer Atmosphäre des Mißtrauens mitarbeiten müssen. Es kann auch grundsätzlich keinem neuen Genossen seine *frühere*, als Mitglied einer *andern* Partei uns gegenüber eingenommene politische Haltung vorgeworfen werden. Sind also die oben genannten Bedingungen — Anerkennung unseres Programms und ehrlicher Wille zur Zusammenarbeit — dort zu schaffen, wo der Zusammenschluß mit der SPS heute gesucht wird, so ist hier auf *unserer* Seite eine weitere Voraussetzung für die Einheit herzustellen: Weitherzigkeit gegenüber jedem ehrlichen, sozialistischen Willen zum Zusammenschluß. Der Antrag des Parteivorstandes sagt, *über welche Fragen* Verhandlungen abgelehnt werden: Es soll nicht mehr über Fusionen, Einheitsfrontaktionen usw. diskutiert werden. Das heißt nicht, daß jedes Gespräch, jede Fühlungnahme über den *Weg zur Einheit* einfach abgelehnt wird. Dieser Weg mag an einzelnen Orten, unter besondern lokalen Verhältnissen sich anders gestalten, als heute zum vornherein genau fest-

gelegt werden kann. *Jeder Weg, der zum Ziele führt, zu einer ehrlichen, soliden und kämpfenden Einheit der sozialistischen Massen, ist richtig und soll entschlossen und mutig beschrritten werden.*

Um die Einheit der politischen Arbeiterbewegung

Von Friedrich Schneider

I.

Der Internationale Sozialistenkongreß der gefährlich kriegsgeschwängerten Novembertage des Jahres 1912 zu *Basel* war die letzte gewaltige Manifestation der Einigkeit und Macht des sozialistischen Proletariats der Welt! Er war das grelle Auflodern einer glänzenden, durch die Verhältnisse zum Erlöschen verurteilten Flamme, die Demonstration aller in der Idee des Sozialismus und des Völkerfriedens verbundenen Menschen angesichts der drohenden Gefahren des heraufziehenden *imperialistischen Krieges*. Der Kampf gegen den sich ankündenden Krieg, dessen Sinn und Charakter längst erkannt waren, einte alle. Von der Basler Tagung strömte unbestritten eine große moralische Kraft aus, die weit über die organisatorische Bedeutung der damaligen Internationale hinausreichte.

Vom Geiste der August Bebel und Wihlhelm Liebknecht, Jean Jaurès und Edouard Vaillant, Rosa Luxemburg und Ignaz Daszinsky, Wladimir Iljitsch Lenin und Plechanoff, Paul Axelrod und Julius Martoff, Viktor Adler und Karl Kautsky, Serrati und Philippo Turati, Ramsay MacDonald und Keir Hardie, Herman Greulich, Morris Hillquit, Emile Vandervelde und anderen beseelt, strahlte der Einfluß der Interationale, im Ziel klar und einmütig, in den anzuwendenden Mitteln aber uneinig, weit über die Arbeiterklasse hinaus in andere Gesellschaftsklassen. In ihr erblickten die Völker den natürlichen *Verbündeten* gegen ihre den Krieg bewußt und unbewußt vorbereitenden Machthaber. Sie verkörperte nicht nur die Hoffnungen der Sozialisten und schien mit ihrem pazifistischen Wesenszug weniger ein Werkzeug des Klassenkampfes, *als Anwalt einer höheren Menschlichkeit zu sein!*

Zwei Jahre hernach, in den schwülen Augusttagen Anno 1914 zerbrach das stolze Gebäude an der Macht des eben am Attentat von Serajewo entzündeten und gegen den Willen der Völker ausgelösten Krieges und den Ergebnissen einer längst im Gange befindlichen Entwicklung. Die Auswirkungen der «Politik mit anderen Mitteln», wie Clausewitz den Krieg nennt, erwiesen sich anders, als die internationalen sozialistischen Kongresse annahmen, und die Arbeiterparteien reagierten darauf in einem ganz anderen Sinne, als aus ihren Beschlüssen zu lesen war. «Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur *Aufrüttelung* des Volkes auszunutzen und *dadurch die Beseitigung der kapi-*